

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 12. Januar 2018

Zum Entscheid der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats

Geschlechterquote im Bundesrat – auf welcher Basis zu definieren?

Die EDU begrüsst das Nein der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 11. Januar 2018 zur Frauenquote im Bundesrat. Die grüne Partei schreibt auf ihrer Homepage: „Die Geschlechtsidentität stellt eine persönliche Frage dar und jede und jeder hat das Recht, seiner Identität entsprechend zu leben.“ Angesichts dieser Aussage stellt sich die Frage, auf welches Fundament Nationalrätin Maya Graf aus dieser Partei ihren Vorstoss zur angemessenen Vertretung der Geschlechter im Bundesrat baut.

Die EDU prangert an, dass die Grüne Partei und mit ihr die Gender-Lobby auf widersprüchliche Weise je nach Interessenslage einmal die angemessene Vertretung von Frauen und ein andermal die Auflösung einer klaren Zuordnung Mann/Frau fordert.

Die Wertschätzung der Frau in allen Bereichen der Gesellschaft und der Politik soll aus der Sicht nicht mit Quoten zum Ausdruck gebracht werden, sondern in der Anerkennung der Verschiedenheit von Mann und Frau, im gegenseitigen Respekt der Geschlechter und im Ja zur schöpfungsgemässen geschlechtlichen Identität.

Die EDU lehnt mit der Staatspolitischen Kommission auch die parlamentarische Initiative ab, die Parteien verpflichten will, auf Nationalratslisten Geschlechterquoten einzuhalten.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40